



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 320 / 2014

Kiel, Donnerstag, 10. Juli 2014

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Wirtschaft / Industriepolitik

Christopher Vogt: Das Land muss mit Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft ein industriepolitisches Konzept auf den Weg bringen

In seiner Rede zu TOP 16 (Industriepolitisches Konzept) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Wenn man in die amtlichen Statistiken schaut, dann findet man dort den Beleg für das, was die Spatzen seit langem von den Dächern pfeifen: Schleswig-Holstein hat sich von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der westdeutschen Flächenländer zunehmend abgekoppelt. Beim Wirtschaftswachstum haben wir gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen die rote Laterne inne. Das ist kein Zufall. Im Vergleich der Bundesländer haben wir eine der niedrigsten Absolventenquote in den MINT-Fächern, die niedrigsten Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, aber die höchste Niedriglohnquote und eine hohe Abwanderung an Hochschulabsolventen.

Seit Beginn der 90er Jahre ist unter dem Strich jeder dritte Arbeitsplatz im verarbeitenden Gewerbe verlorengegangen. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung hat sich im gleichen Zeitraum fast halbiert. Auch andere Bundesländer haben einen Strukturwandel erfahren, aber in keinem Bundesland hat er solche Spuren hinterlassen wie bei uns. Es ist bei uns leider nicht gelungen, diesem Strukturwandel, der sich im Wesentlichen vom Anfang der 90er Jahre bis zum Jahr 2005 erstreckte, wirksam zu begegnen, indem etwa in neuen Wirtschaftszweigen nachhaltige Impulse gesetzt werden konnten.

Daher rühren auch die vergleichsweise niedrigen Löhne bei uns. Nach einer Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes stellt

Schleswig-Holstein mittlerweile den ‚Lohnkeller‘ der westdeutschen Bundesländer dar. Das liegt nicht etwa an Geschäftsführern, die ihren Mitarbeitern nichts gönnen würden. Das liegt in der beschriebenen Entwicklung unserer Wirtschaftsstruktur begründet. Das ist sehr bedauerlich und bedeutet weniger Chancen gerade für die junge Generation. Ich denke jedem, dem etwas an unserem Land und seinen Menschen liegt, kann dieser Umstand nicht egal sein. Dieser Umstand muss ins wie ein Stachel im Fleisch sitzen. Ich bin jedenfalls nicht bereit zu akzeptieren, dass dies dauerhaft so sein muss. Unsere Menschen im Land sind weder blöder noch ungeschickter als die Menschen in Bayern oder Baden-Württemberg oder anderen sehr erfolgreichen Regionen Europas.

Ob es einem gefällt oder nicht: Ein intakter industrieller Kern ist eine Grundvoraussetzung für eine nachhaltig positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Nach einer aktuellen Statistik von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, sind die Löhne im verarbeitenden Gewerbe durchschnittlich um ein Viertel höher als im Dienstleistungsgewerbe. Die Industrie erzielt die höchste Wertschöpfung und sorgt mit ihrer Nachfrage nach Vorleistungen dafür, dass auch in den unternehmensnahen Dienstleistungen – wie z.B. Wirtschaftsprüfung, Finanzgewerbe, Unternehmensberatung und ähnlichem – eine hohe Zahl gutbezahlter Beschäftigungsverhältnisse erhalten bleiben, beziehungsweise neu geschaffen werden.

Die Landespolitik darf dem Prozess der schleichenden Deindustrialisierung nicht tatenlos zusehen. Deshalb fordern wir unserem Antrag die Landesregierung auf, gemeinsam mit den Kommunen, den Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften sowie den Hochschulen im Land ein industriepolitisches Konzept zu erarbeiten, das darauf ausgelegt sein soll, dass wir bis 2030 bei den entsprechenden wirtschaftlichen Kennzahlen wieder mindestens den Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer erreichen können. Niemand erwartet, dass wir innerhalb der nächsten fünfzehn Jahre die Bundesländer an der Spitze überholen, aber es nicht zuviel verlangt, dass sich unser Bundesland bis dahin wieder zurück ins Mittelfeld vorarbeitet. Es gibt keinen plausiblen Grund dafür, dass Schleswig-Holstein dauerhaft der ‚Lohnkeller‘ der Republik bleiben muss. Wer die Situation der Menschen konkret verbessern will, der muss dafür Sorge tragen, dass sich Industrie und verarbeitendes Gewerbe bei uns ansiedeln können.

Die Landesregierung kann und sollte auch nicht neue Industrieunternehmen gründen, aber gerade bei der Frage, wie viele Studienplätze sie finanziert, sowie bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung, hat sie einen maßgeblichen Einfluss. Es geht auch darum, dass es uns gelingt, die Gründungsintensität deutlich zu erhöhen, also junge Menschen dazu zu animieren, sich selbstständig zu machen und Unternehmertum zu fördern, anstatt unternehmerischem Engagement mit Skepsis zu begegnen.

Wir müssen uns finanziell konsolidieren, aber nicht auf Kosten der Zukunft. Wir müssen eine gut ausgebaute Infrastruktur vorhalten, anstatt mit unterlassenen Investitionen unsere Anlagevermögen sukzessive verkommen zu lassen. Wir müssen Rahmenbedingungen verbessern, anstatt sie unnötig zu verschlechtern. Das Land sollte mit geeigneten Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft einen entsprechenden Masterplan auf den Weg bringen. Ich denke, es macht Sinn, diese Diskussion im Ausschuss weiter zu vertiefen.“